

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Andrew Ullmann, Jens Beeck, Michael Theurer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/27813 –**

Die COVID-19-Pandemie global und koordiniert bekämpfen

A. Problem

Die Antragsteller konstatieren, dass die Finanzierung und Verteilung von Impfstoffen gegen das SARS-CoV-2-Virus insbesondere für die Länder des globalen Südens eine große Herausforderung darstellten. Ein weiteres Problem seien neue Virusvarianten, die zu Resistenzen gegen Impfstoffe führen könnten. Die Bekämpfung der Corona-Pandemie gelinge nur, wenn jeder Staat einen fairen Zugang zu Impfstoffen unabhängig von seiner Kaufkraft erhalte. Bis dies garantiert sei, müssten Länder mit mittlerem und niedrigem Einkommen den Fokus auch auf Test-Trace-Isolate-Strategien oder den Schutz des medizinischen Personals legen und hierbei von den reicheren Ländern unterstützt werden.

B. Lösung

Die Antragsteller legen einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vor, in dem unter anderem gefordert wird, dass sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer Haushaltsmittel für einen weltweit wirksamen und flächendeckenden COVID-19-Impfplan einsetze, die Strategie der EU zur Verteilung überschüssiger Impfstoffdosen an weniger wohlhabende Länder über die COVAX-Facility vorantreibe und sich für eine faire Verteilung einsetze. Ein wichtiges Element bei der Bekämpfung von Krankheiten und Pandemien sei die multilaterale aber auch die bilaterale Zusammenarbeit, um eine Basisgesundheitsversorgung und eine Gesundheitsinfrastruktur in Entwicklungsländern aufzubauen. Schließlich soll die Weltgesundheitsorganisation als weltweit koordinierende Organisation sowohl finanziell als auch in ihrem Mandat gestärkt werden, da nur mit ihr grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen wirksam bekämpft werden könnten.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/27813 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Der Ausschuss für Gesundheit

Erwin Rüdgel
Vorsitzender

Detlev Spangenberg
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Detlev Spangenberg

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/27813** in seiner 218. Sitzung am 25. März 2021 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. Zudem hat er ihn zur Mitberatung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller konstatieren, dass die Finanzierung und Verteilung von Impfstoffen gegen das SARS-CoV-2-Virus insbesondere für die Länder des globalen Südens eine große Herausforderung darstellten. Zudem werde in reicheren Ländern der Impfstoff gehortet. Ein weiteres Problem seien neue Virusvarianten, die zu Resistenzen gegen Impfstoffe führen könnten. Die Bekämpfung der Corona-Pandemie gelinge nur, wenn jeder Staat einen fairen Zugang zu Impfstoffen unabhängig von seiner Kaufkraft erhalte. Bis dies garantiert sei, müssten Länder mit mittlerem und niedrigem Einkommen den Fokus auch auf Test-Trace-Isolate-Strategien oder den Schutz des medizinischen Personals legen und hierbei von den reicheren Ländern unterstützt werden.

Die Antragsteller fordern deshalb, dass sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer Haushaltsmittel für einen weltweit wirksamen und flächendeckenden COVID-19-Impfplan einsetze, die Strategie der EU zur Verteilung überschüssiger Impfstoffdosen an weniger wohlhabende Länder über die COVAX-Facility vorantreibe und sich für eine faire Verteilung einsetze. Das Engagement für sichere Lieferketten für Impfstoffe, Therapeutika und diagnostische Tests sowie gegen deren Fälschung müsse ausgeweitet werden. Der Aufbau von Abfüllanlagen in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen müsse gefördert und die Zweckbindung von Unitaid-Mitteln für Impfstoffe aufgehoben werden. Schließlich sollten die Geberstaaten mobilisiert werden, die Finanzierungslücke des ACT-A zu schließen. Der ACT-A müsse verstetigt werden, um langfristig Lücken in der Prävention von und Reaktion auf Pandemien zu schließen. Wichtig sei auch, dass die Forschung zu Impfstoffen mit geringen logistischen Anforderungen, die nur einmal verabreicht werden müssten, aber auch zu neuen Impfstoffen gegen Virusmutationen weiter vorangetrieben werde. Weiter fordern die Antragsteller, dass die europäischen Arzneimittelzulassungsmechanismen harmonisiert werden. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit müsse das Projekt BMZ 2030 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überprüft und neu bewertet werden. Ein wichtiges Element sei die multilaterale aber auch die bilaterale Zusammenarbeit, um eine Basisgesundheitsversorgung und eine Gesundheitsinfrastruktur in Entwicklungsländern aufzubauen. Schließlich soll die Weltgesundheitsorganisation als weltweit koordinierende Organisation sowohl finanziell als auch in ihrem Mandat gestärkt werden, da nur mit ihr grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen wirksam bekämpft werden könnten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 76. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27813 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 79. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27813 zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat die Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 19/27813 in seiner 175. Sitzung am 9. Juni 2021 aufgenommen und abgeschlossen.

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 19/27813 abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** war der Auffassung, dass allen die Herausforderungen der COVID-19-Pandemie gerade im Hinblick auf die Globale Gesundheit bewusst sind. Genau deshalb habe sich Deutschland von Anfang an für die COVAX Facility engagiert und sei einer deren größten Unterstützer und Geldgeber weltweit. Der Erfolg einer weltweiten Impfkampagne hänge dabei jedoch nicht allein am Engagement Deutschlands. Dies könne nur als gemeinsame Anstrengung der Weltgemeinschaft funktionieren. Auch müssten die Länder vor Ort eigenverantwortlich mit eingebunden werden, um wirklich einen durchschlagenden Erfolg zu haben. Der Antrag der FDP-Fraktion greife deshalb zu kurz und werde somit abgelehnt.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass die Forderungen bereits durch die Strategie der Bundesregierung zur globalen Gesundheit, sowie die COVAX- und ACT-A Zusagen, des Weiteren durch das Regierungshandeln in bi- und multilateralen Gremien mitaufgenommen worden sind. Auch die Kanzlerin und der Außenminister hätten erklärt, dass die Pandemie erst beendet sei, wenn dies auch weltweit erfolgt sei. Daher sollten Deutschlands hohe Zusagen und das große Engagement Strahleffekte erzielen. Zudem lehne die SPD die Aufhebung der Zweckbindung der Unitaid-Mittel für Therapeutika ab. Aus diesen Gründen lehne die SPD-Fraktion den Antrag ab.

Die **Fraktion der AfD** stellte fest, dass der Antrag aus mehreren Gründen abzulehnen ist. Zunächst sei die Forderung an die Bundesregierung, sich für einen weltweit wirksamen und flächendeckenden COVID-19-Impfplan einzusetzen, angesichts der konfusen Zustände bei der europäischen Impfstoffbeschaffung und der Rolle Deutschlands in diesem Zusammenhang illusorisch. Bereits im Februar dieses Jahres habe die Linke gefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, die weltweit eine Erhöhung der Produktionskapazitäten für Impfstoffe gegen COVID-19 ermöglichen. Dieser Ansatz zur Lösung globaler Probleme sei in der Anhörung am 24. Februar 2021 auf berechtigte Kritik gestoßen. Nun versuche die FDP, zur Rettung der Welt, Haushaltsmittel aus dem Bundeshalt umzuverteilen. Als ob Neuverschuldung und Steuerausfälle maximalen Spielraum für Projekte in anderen Ländern geben würden. Das sei Mitnichten so. Auch die AfD würde sich über eine Verbesserung der Sicherheit und Logistik der Lieferketten freuen, und zwar nicht nur bei Impfstoffen, sondern bei allen essenziellen Grundgütern. Aber einer Fraktion, die einzig in der Globalisierung des Handels das höchste Potential zur Erhöhung des weltweiten Wohlstandes sehe, könne man das aber nur schwer abkaufen. Deshalb lehne man den Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, durch diesen Antrag wollen man COVAX und ACT-A stärken. Die Pandemie müsse global gelöst werden. Deshalb bitte man um Zustimmung.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte fest, der Antrag reihe sich in einer Reihe von Initiativen der FDP-Fraktion ein, die wohlklingende Vorstellungen mit einem Minimum an Konsequenzen verbinden würden. Wer eine gerechte globale Impfstoffversorgung fordere, aber weder das gegenwärtige Verteilssystem, noch das Patentsystem infrage stelle, noch die Initiativen von Indien und Südafrika für Zwangslizenzen aufgreife, noch Haushaltsmittel für irgendeine Verbesserung von deutscher Seite zur Verfügung stellen möchte, könne mit der Forderung nicht wirklich ernst genommen werden. Die FDP bleibe viele Antworten zur Umsetzung ihrer Forderungen schuldig, etwa wie Lieferketten verbessert und gesichert werden sollten, während die FDP ja konkrete Verpflichtungen der Hersteller traditionell ablehne. Das Thema globale Versorgung könne nicht glaubwürdig angesprochen werden, ohne marktliberale Dogmen infrage zu stellen. Die ärmeren Staaten sollen nicht befähigt werden, ihre Impfstoffversorgung selbst zu sichern, sondern weiterhin als Bittsteller in der Abhängigkeit der sogenannten Geberländer gehalten werden. Dazu passe, dass zwar gefordert werde, den ärmeren Ländern „Abfüllkapazitäten“ zuzugestehen, nicht aber die Herstellung von Impfstoffen zu ermöglichen. Aber selbst innerhalb der heutigen Logik sei der Antrag inkonsistent, da etwa die Stärkung der COVAX-Facility nicht einmal mit einer stärkeren Beteiligung Deutschlands verbunden, sondern wie immer haushaltsneutral erfolgen solle. Die grundsätzlich richtige Forderung nach mehr öffentlicher Forschung verlaufe im Sande, wenn die Eigentumsrechte weiterhin in privater Hand verblieben und für die Forschung nicht einmal Geld vorgesehen werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, während der grundsätzliche Ansatz des Antrags, nämlich Länder des globalen Südens in ihrem Kampf gegen COVID-19 zu stärken, gut und richtig sei, widersprüchen sich die verschiedenen Maßnahmen und Aufforderungen der FDP. So werde einerseits gefordert, bilaterale Kooperationen einzustellen, um multilaterale Initiativen zu unterstützen, andererseits würden bilaterale Maßnahmen und Kooperationen zur Bekämpfung des Coronavirus gefordert. Außerdem werde innerhalb eines Antrags eine Vielzahl von Maßnahmen gefordert, aber keine Ansatzpunkte zu deren Umsetzung genannt. Während die Grünen-Fraktion grundsätzlich die Ansätze des Antrags unterstütze, sei aber aus diesen Gründen keine Zustimmung möglich. Man werde sich daher enthalten.

Berlin, den 9. Juni 2021

Detlev Spangenberg
Berichtersteller

